



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Deutschland und Frankreich. Der neue Nationalverein. Zum Petersprozeß.)

Der neue Dreibund der Westmächte scheint wirklich ein viel harmloseres Gesicht zu haben, als viele zuerst geglaubt haben und — andre glauben machen wollten. In der Erkenntnis, im östlichen Teil des Atlantischen Ozeans und im westlichen Mittelmeer gewisse gemeinsame Interessen zu haben, sind England, Frankreich und Spanien übereingekommen, sich gegenseitig Garantien zu geben, daß sie bei der Wahrung ihrer Interessen aufeinander Rücksicht nehmen wollen. Wenn dieser Vertrag wirklich eine Spitze gegen eine außerhalb des Bundes stehende Macht kehren sollte, dann müßte er als ein Versuch mit untauglichen Mitteln bezeichnet werden. Es ist deshalb der Gedanke aufgetaucht, daß die einzelnen Abkommen zwischen den drei Mächten vielleicht geheime Paragraphen enthalten könnten. Das wird nun freilich von den beteiligten Regierungen in Abrede gestellt, und — was mehr sagen will — sehr gewichtige sachliche Gründe sprechen dagegen. Wahrscheinlich besagen diese Verständigungen auch wirklich nicht mehr, als in ihrem veröffentlichten Wortlaut zu lesen ist, eine Politik, deren Inhalt und Zweck hier schon früher auseinandergesetzt worden ist. Aber sensationsbedürftige, chauvinistische Unruhestifter in den drei Ländern haben allerhand Phantasien in diese Beziehungen hineingetragen und sie dadurch den ruhigen Politikern verdächtig gemacht. Ihrem Wortlaute nach durchaus vernünftig, verständlich und berechtigt, gewinnen diese Abmachungen erst durch die phantastischen Glossen der deutschfeindlichen Presse den Charakter des bluff. Für das Deutsche Reich, das friedlich seinen Weg geht, aber dabei freilich sein Pulver trocken hält, kann das ziemlich gleichgiltig sein; die deutschfeindlichen Heißsporne schädigen damit nur die Interessen ihrer eignen Länder, von denen sie die Aufmerksamkeit ablenken, um der Welt den Glauben an eine Politik der Abenteuer und der Hinterhältigkeit beizubringen.

Es scheint, als ob jetzt die Verträge, Bündnisse und Verständigungen kein Ende nehmen wollten. Aber schließlich muß eben das an der Bedeutung dieser vielen Abmachungen Zweifel hervorrufen. Und allmählich scheint man auch in England erkannt zu haben, daß die Vielgeschäftigkeit, die die britische Politik dabei entwickelt hat, ein Fehler gewesen ist. Und daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit, der Allerweltfreundschaft die deutschfeindliche Spitze zu nehmen. Daß die Eindrücke der englischen Journalistenfahrt nach Deutschland den Wünschen der britischen Regierung entgegenkommen, ist ein angenehmes Zusammentreffen. Dies und der Umstand, daß man im westlichen Mittelmeer und im Atlantischen Ozean glücklich ins reine gekommen ist, wird aller Wahrscheinlichkeit nach einen günstigen Einfluß auf die deutsch-englischen Beziehungen ausüben.

England ist jedoch zugleich von der geheimen Sorge besetzt, daß die neue Freundschaft mit Deutschland in Frankreich Verstimmungen erwecken könnte. Das berührt aber einen sehr wichtigen Punkt in dem politischen Programm Großbritanniens. Es will seine guten Beziehungen zu Frankreich nicht gefährden lassen, und niemand wird leugnen können, daß die britische Regierung von ihrem Standpunkt aus kaum anders handeln könnte. So taucht denn gerade in England der Gedanke auf, man müsse Frankreich und Deutschland miteinander ausöhnen. Mit der Tendenz könnten wir sehr einverstanden sein, nur ist es leider unmöglich, an die Ausführung in absehbarer Zeit zu denken. Eben jetzt hat sich das deutlich gezeigt.

Einer der auswärtigen Gäste während der Kieler Woche war nämlich Herr Etienne, der frühere französische Kriegsminister und jetzige Vizepräsident der Deputiertenkammer. Er wurde, wie sich das bei einer solchen Gelegenheit von selbst

versteht, mit ausgesuchter Höflichkeit behandelt. Noch mehr aber, er wurde dem Kaiser vorgestellt und hatte mit ihm zwei lange Unterredungen, über deren Inhalt sich natürlich nur Vermutungen aufstellen lassen. Herr Etienne selbst hat durchaus die Diskretion gewahrt und nur vertraulich an die Persönlichkeiten berichtet, denen er Rechenschaft schuldig war, nämlich an den Präsidenten der Republik, an den Ministerpräsidenten und den Minister des Auswärtigen. Im übrigen hat er nur angedeutet, das Gespräch habe sich um alle möglichen Fragen von Bedeutung gedreht, sei aber doch gänzlich unpolitischen Charakters gewesen. Das versteht sich eigentlich von selbst, denn Herr Etienne weilte als Privatmann in Deutschland, und zum Überfluß wurde ihm diese Eigenschaft auch von Frankreich aus in einer wenig freundlichen Weise bescheinigt. Immerhin ist die Stellung des Herrn Etienne in Frankreich derart, daß seine Ansichten und Eindrücke ins Gewicht fallen, und so wurden seine Anwesenheit in Kiel und seine Unterhaltungen mit dem Kaiser in Wahrheit sehr beachtet, um so mehr, als Herr Etienne auch noch einen Abstecher nach Berlin machte und vom Fürsten Bülow mit derselben Auszeichnung wie in Kiel empfangen wurde. Dergleichen Unterredungen haben, auch wenn sie zu einem bestimmten politischen Zweck veranstaltet werden, natürlich nur den Charakter unverbindlicher Vorbesprechungen, aber sie schienen dem französischen Staatsmann doch von Bedeutung für die Beziehungen der beiden Völker zu sein.

Es ist in der letzten Zeit viel von einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich in kolonialen und überseeischen Fragen die Rede gewesen. Diese Politik hat ja auch Fürst Bismarck eine Weile zu treiben gesucht, als er sich mit Jules Ferry verständigte, aber die Franzosen haben das damals sehr übel genommen. Das war freilich zu einer Zeit, wo der Revanchegedanke noch ganz im Vordergrund stand. Seitdem ist ja die revanchelustige Stimmung in Frankreich stark zurückgedrängt worden, aber sie ist noch keineswegs erloschen und bricht jedesmal hervor, wenn von Deutschland aus der Anschein erweckt wird, als rechne und warte man bei uns auf die französische Freundschaft. Nach den ersten Berichten der französischen Presse über Etiennes Erlebnisse in Kiel hatten sich einige deutsche Blätter etwas zu weit vorgewagt und ihrer Hoffnung auf eine französische Annäherung Ausdruck gegeben, anstatt sich mit der Bemerkung zu begnügen, daß wir unsrerseits keinen Groll gegen Frankreich hegen, freundschaftliche Schritte von dort also gern vermerken und erwidern, aber auch keine Ursache haben, um die französische Freundschaft zu werben. Aber schon dieser geringfügige Versuch von deutscher Seite, sich etwas herzlicher zu Frankreich zu stellen, fand ein eigentümliches, nervöses Echo in einem angesehenen französischen Blatt. Schon das Auftauchen des Gedankens, als könnten Deutsche und Franzosen in absehbarer Zeit Freunde sein, wurde mit bemerkenswerter Schroffheit zurückgewiesen. Man wird sich das zur Lehre dienen lassen. Unfre Beziehungen zu Frankreich können durchaus korrekt, friedlich und wohlwollend sein, aber noch für lange Zeit werden wir nicht darüber hinaus irgendwelche freundschaftliche Gesinnung von unsern westlichen Nachbarn erwarten dürfen.

Während unfre auswärtigen Beziehungen noch immer Anlaß zu vielen Erörterungen geben, wird im Innern an dem Versuch weitergearbeitet, die Blockpolitik zu stärken und zu befestigen. Noch gibt es eine Hochflut von angeblichen Enthüllungen und Kommentaren zu dem Ministerwechsel. Immer neue Einzelheiten werden beizubringen versucht, wobei vor allem das Mißtrauen zutage tritt, als könne mit dem Rücktritt des Grafen Posadowsky eine Kursänderung an der Sozialpolitik beabsichtigt sein. Es liegen jedoch die bündigsten Versicherungen vor, daß das nicht der Fall sein wird, und jede Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der bisherige Kurs beibehalten werden wird.

Eine neue politische Organisation müssen wir übrigens hier noch erwähnen, den kürzlich gegründeten „Nationalverein für das liberale Deutschland“, der in Heidelberg dieser Tage seine erste Hauptversammlung abgehalten hat. Die Neugründung stellt sich als ein Versuch dar, die nachgerade mythisch gewordne „große liberale Partei“ endlich ins Leben treten zu lassen. Aber es wird diesmal ebenso wenig glücken wie sonst, weil innere Gründe dagegen sprechen. Auch der große, historische Name wird diesen neuen Nationalverein nicht retten. Der alte Nationalverein sammelte einstmals die Elemente des deutschen Liberalismus, die nicht in doktrinärer Verantwörtlichkeit stecken geblieben waren, die so viel Staatsgefühl hatten, um praktisch an den nationalen Zielen mitarbeiten zu können. Der neue Nationalverein scheint eher die umgekehrte Tendenz zu haben, mit Hilfe der alten Formeln des Liberalismus den Schein einer Einheit herzustellen, die praktisch gar nicht existieren kann. Die Heidelberger Verhandlungen zeigen, daß eine wirkliche Klarheit über die Stellung des Liberalismus zum Sozialismus nicht erreicht worden ist. Das ist aber gegenwärtig die Hauptfrage für die weitere Entwicklung des Liberalismus. Deshalb verhält sich die nationalliberale Partei, besonders in Norddeutschland, völlig ablehnend gegen den neuen Verein. Die süddeutsche Demokratie dagegen sucht die Anlehnung der gesamten Linken an die Sozialdemokratie herbeizuführen. Bei so starken Verschiedenheiten in den Grundsätzen ist das dauernde Zusammenhalten der Vereinigung schwerlich möglich.

Eine große Erregung der Gemüter hat der Münchner Petersprozeß gebracht. Ob aber in dieser Frage schon das letzte Wort gesprochen worden ist? Es sieht nicht danach aus. Noch bestehen Unklarheiten darüber, wie die Mitglieder der Disziplinar-kammer und des Disziplinarhofes eigentlich zu ihrem Urteilspruch gekommen sind. Es ist behauptet worden, daß in diesem Disziplinarverfahren geheime Akten vorhanden seien, die für die Motive des Urteils den Schlüssel enthalten. Nach den Zeugenaussagen, die jetzt in dem Münchner Prozeß zutage gekommen sind, kann man sich eigentlich keine rechte Vorstellung machen, welche befondern, noch unbekanntem Tatsachen etwa geeignet sein könnten, das Urteil der öffentlichen Meinung über den Fall Peters umzustößen. In dem letzten Prozeß sind die härtesten Urteile über die Richter in dem Disziplinarverfahren gefällt worden. Es ließe sich also wohl rechtfertigen, wenn jetzt aus dem Material, das den beiden Disziplinarurteilen zugrunde gelegen hat, kein Geheimnis mehr gemacht würde. Daß die Richter in diesem Disziplinarverfahren korrekt verfahren haben, wird man einstweilen glauben können, aber auffallend bleibt es, daß sie anscheinend ohne die Zeugen zu hören ihr Urteil gefällt haben. Mit dem Tatbestande, den die Münchner Zeugenaussagen ergeben haben, sind die Urteile schwer vereinbar.

Die schwierige Frage, ob Dr. Peters richtig gehandelt hat, als er die bekannten Hinrichtungen vollziehen ließ, wird, wie es scheint, viel zu sehr von allgemeinen Gesichtspunkten der Regerverhaltensfrage beurteilt. Man kann sich denken, daß jemand prinzipiell eine sehr humane Behandlung der Regervertritt und in der geordneten Verwaltung eines Schutzgebiets oder auch bei Forschungsreisen praktisch zur Anwendung bringt und sich dabei doch in einer so eigentümlichen Lage, wie Dr. Peters auf seiner Emin-Pascha-Expedition, gelegentlich hart zeigen muß.

Der Münchner Prozeß hat sicherlich manches an Dr. Peters begangne Unrecht gut gemacht und eine richtige Würdigung seiner Persönlichkeit angebahnt, aber es bleiben noch viele Fragen übrig, und es wäre im Interesse sowohl des Dr. Peters als auch der kolonialen Sache, wenn eine vollständige Aufklärung nach den Akten des Disziplinarverfahrens erfolgte.

